

**4141/AB XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 09.09.2002**

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4127/J-NR/2002 betreffend Forschungsprojekt GSM-Auswirkungen im Hinblick auf Krebshäufigkeit, die die Abgeordneten Dr. Moser, Freundinnen und Freunde am 9. Juli 2002 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

**Fragen 1 und 2:**

Wann wurde das Ersuchen des Salzburger Umwelthygienikers zwecks Finanzierung einer Studie zum angesprochenen Thema an Sie herangetragen?

Welchen Umfang und finanziellen Aufwand umfasst die geplante Studie?

**Antwort:**

Eine Projektbeschreibung für eine "EMF-Studie Salzburg 2001, Fall-Kontroll-Studie zum Zusammenhang zwischen Neubildungen des hämatopoetischen und lymphatischen Systems sowie des Nervensystems und elektrischen, magnetischen und elektromagnetischen Wechselfeldern" wurde am 5. April 2001 von der Landessanitätsdirektion Salzburg mit der Bitte um Unterstützung übermittelt.

Diese Projektbeschreibung führt einen Umfang und finanziellen Aufwand von 1.925.000,- ATS an.

Da in der Anfrage der Titel und der Verfasser des Studienansuchens nicht angeführt sind, ist davon auszugehen, dass tatsächlich obiges Projekt als Anfragegegenstand gemeint war. Es ist weiters festzuhalten, dass die Durchführung derartiger Studien nicht in den Kompetenzbereich des Verkehrsressorts fällt.

**Fragen 3, 4, 5 und 6:**

Welche ähnlich orientierten Studien gaben Sie bisher in Auftrag?

Auf welche Weise wurden bisher epidemiologische Begleitstudien bei der Einführung der GSM-Technik vorangetrieben? Gaben Sie jemals derartige in Auftrag?

Welche derartigen Untersuchungen sind für den Fall der Realisierung von UMTS vorgesehen, und welche Budgetmittel werden dafür insbesondere im Bundesvoranschlag 2003 vorgesehen werden?

Aus welchen Gründen lehnten Sie die Finanzierung der oben angeführten Studie zu GSM-Auswirkungen ab?

**Antwort:**

Die Auftragsvergabe derartiger Studien fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich. Diesbezügliche Initiativen müssten deshalb vom Gesundheits- bzw. Umweltressort ausgehen. Im Jahre 1999 wurde im Auftrag des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr, des Fachverbandes der Elektrizitätswerke Österreichs und des Fachverbandes der Elektro- und Elektroindustrie eine "Studie dokumentierter Forschungsergebnisse über die Wirkung nieder- und hochfrequenter elektromagnetischer Felder" erarbeitet. Durchgeführt wurde diese Studie seinerzeit von der österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf GesmbH, Bereich Elektronik und Bereich Lebenswissenschaften, dem AKH Wien, Abteilung für Arbeitsmedizin, dem Institut für Biomedizinische Technik der TU Graz, dem Institut für Biomedizinische Altersforschung der österreichischen Akademie der Wissenschaft in Innsbruck und dem Institut für Nachrichtentechnik und Hochfrequenztechnik der TU Wien.

**Frage 7:**

Wie können Sie es forschungs- und gesundheitspolitisch verantworten, dass den Beschwerden von AnrainerInnen nicht mit Ihrer Hilfe auf wissenschaftliche Weise nachgegangen wird?

**Antwort**

Wie bereits festgehalten, fällt es nicht in meine Kompetenz, derartige gesundheitspolitische Maßnahmen zu initiieren. Vielmehr ist das BmVIT als ein Umsetzer im sekundären Bereich, d.h. als Kontrolle über die Einhaltung der von den zuständigen Einrichtungen vorgegebenen Grenzwerte und sonstigen Parameter. Zur Zeit vollzieht mein Ressort seine Tätigkeit anhand der von der WHO vorgegebenen Grenzwerte, die auch die Grundlage für eine Empfehlung der EU-Kommission aus dem Jahr 1999 darstellen. Eine Initiative im Europäischen Parlament auf Herabsetzung dieser weltweit gültigen Richtwerte fand keine Mehrheit, da keine entsprechenden wissenschaftlichen Grundlagen dafür vorgewiesen werden konnten.